

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlag, Aue. Preis: 1.00 Mark. Postgebühr: 0.10 Mark. Abonnement: 1.00 Mark. Einzelhefte: 0.10 Mark.

Angaben über die Reichstagswahl in Schlesien sind in der Ausgabe vom 1. Oktober 1921 zu finden.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. / Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aue. / Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 247

Freitag, den 21. Oktober 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der deutsche Reichstag ist gestern noch nicht zusammengetreten und wird auch vor Sonnabend kaum zusammentreten.

Der Text des Beschlusses der Wirtschaftskonferenz in der oberschlesischen Frage einschließlich der Entscheidung des Völkerbundesrates ist gestern nachmittags 1/2 Uhr dem deutschen Botschafter in Paris Dr. Mayer überreicht worden.

Der Dollarkurs ist an der gestrigen Donnerstag-Börse wieder stark heruntergegangen, so daß er um etwa 40 Mark billiger ist als vor wenigen Tagen.

Reichstagsstimmungen.

(Informationen unseres parlamentarischen Mitarbeiters.)

Im Reichstag herrschte am Donnerstag reges Leben und Treiben. In den Eingangsportalen standen die Neugierigen und Ueberwältigten, die bei allem dabei sein zu müssen schienen und sich keine Sentenzen entgehen lassen mochten. Im Nebende selbst kamen und gingen die Abgeordneten, zum Teil noch mit ihren Briefschaften, um sich zunächst einmal zu vergewissern, ob überhaupt Sitzung sei. Journalisten und gelegentliche Besucher fragten nach diesem und jenem Volksweisen, um etwas Neues über die politische Lage zu erfahren. Fraktionsredner traten geschäftig hin und her, um die letzten Vorbereitungen für die Sitzungen ihrer Fraktionen zu treffen. Diese dauerten den ganzen Tag über. Dagegen kam eine Reichstagsführung noch nicht zustande, weil die erwartete Entscheidung des Obersten Rates aus Paris noch nicht eingetroffen war. Im Reichstagsklub beschloß man deshalb, erst Freitag nachmittag oder Sonnabend zu tagen, je nachdem die neue bedeutungsvolle Note früher oder später anlangt, überlegt und dem Reichstag bekanntgegeben sei. In den verschiedenen Fraktionsgruppen wiederholte sich immer wieder der alte Vorgang. Zuerst berichteten die Vorsitzenden und die Parteimitglieder über die in den letzten Tagen gepflogenen Beratungen über den wahrscheinlichen Inhalt der neuen Reichstagsnote. Dann gab es eine Beschäftigungsdebatte darüber, ob es überhaupt Zweck habe, bei den augenblicklichen Unklarheiten weiter zu verhandeln; und schließlich folgte der Wunsch der aus dem Lande zurückgekehrten Abgeordneten, sich vorerst einmal die umfangreichsten Sorgen und Gedanken vom Herzen herunterzulassen, selbst auf die Gefahr hin, daß sich diese Aussprache später auf Grund neuer Tatsachen als zwecklos erweisen könnte.

In der Demokratischen Fraktion wurde vor allem bedauert, daß in dieser neuen Schicksalsstunde für das Vaterland die Belangen der letzten Tage lediglich angefaßt seien mit völligem tatsächlichen und persönlichen Streifen. Es habe dadurch im Ausland und auch im eigenen Volk des Eindruck erweckt werden müssen, als ob es gegenwärtig, wo einer der wichtigsten deutschen Industriebezirke zerrissen und blühende deutsche Städte und Gemeinden unter Fremdherrschaft gestellt werden sollen, nichts Wichtigeres gäbe, als die Erfüllung parteipolitischer Forderungen und die Entschuldigungen über Ministerfessel. Und dabei sei doch bei ruhiger Ueberlegung ganz offenbar die wichtigste Frage der Stunde die, wie man sich zu der neuen Entscheidung der Entente stellen und welche Politik man in Zukunft vertreten wolle. Erst an zweiter Stelle stehe die weitere Frage, welche Parteien und welche Minister die neue Politik durchzuführen sollen. Und ganz zuletzt kämen die tatsächlichen Erwägungen, ob die jetzige Regierung sofort bei Eingang der oberschlesischen Note zurücktreten oder dem Reichstag die Entscheidung darüber überlassen solle, ob das Kabinett wirklich verschwinden oder sich lediglich durch die Volkswahl verstärken und mit oder ohne Witz bleiben solle. Alles kommt natürlich zunächst auf den Inhalt der neuen Partien Note an. Wenn sie, wie allgemein angenommen wurde, keinen ultimativen Charakter trägt, so muß mit allen Mitteln versucht werden, diesmal überhöhten Beschlüsse zu vermeiden und jede Notwendigkeit auszuschalten. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind so verwickelt, und die Einrichtung eines gemeinsamen obererschlesischen Wirtschaftsgebietes verlangt so genaue und eingehende Vorprüfung aller wirtschaftlichen und politischen Folgen, daß auf keinen Fall vorläufige Entscheidungen getroffen werden dürfen. Die Demokratische Reichstagsfraktion hat deshalb auch beschlossen, ihren ständigen wirtschaftlichen Ausschuss sofort mit der Erörterung der wirtschaftlichen Seite des ganzen Problems zu beauftragen, damit die Meinungen

Die neue Grenzlinie in Oberschlesien.

Plesch-Rybnitz, Rattowitz, Myslowitz, Königshütte, Tarnowitz und Lublinitz an Polen!

Gestern wurden in Paris die Dokumente über Oberschlesien veröffentlicht, die dem Völkerbundsrat und dem Vorsitzenden des Obersten Rates unterbreitet wurden gemäß der einstimmig am 12. Oktober angenommenen Empfehlung. Die Grenze folgt der Oder von dem Punkte ab, wo dieser Fluß in Oberschlesien eintritt, bis Niedertschonau. Sie verläuft dann in nordöstlicher Richtung und läßt auf polnischem Gebiet die Gemeinden Hohengorkau, Wilhelmsthal, Raschitz, Adamowitz, Bogunitz, Bisset, Summin, Zwenowitz, Theamatenowitz, Cobelwitz, Wleza, Arienwald, Annrow, Gieraltowitz, Preiswitz, Ratowbau, Rungendorf, Paulsdorf, Ruda, Orzechow, Schlesiengrube und Hohenlinden. Sie läßt auf deutschem Gebiet die Gemeinden Ostrog, Markowitz, Habitz, Curoz, Etoboll, Niederdorf, Willaharitz, Niederowigerhammer, Niederowitz, Schönwald, Aliguth, Hindenburg, Sosniowa, Mathesdorf, Zaborze, Wislowitz, Wobred und Schomberg. Von da geht die Grenze zwischen Ostpreußen, das an Deutschland und Birkenhain, das an Polen fällt, in der Richtung Nordwest weiter und läßt auf deutschem Gebiet die Gemeinden Karf, Niechowitz, Stollarzowitz, Friedrichswille, Piatowitz, Raschowitz, Wildar, Hantsch, Meudorf, Zworog, Rottenlast, Potemba, Reitsch, Jovanitz, Pluder, Peterhof, Klein-Englewitz, Strziblowitz, Wida, Gwozdzian, Dylina, Kaiserau und Borowski und läßt auf polnischem Gebiet die Gemeinden Schawien, Radzionkau, Zokenberg, Neu- und Alt-Krepton, Alt-Tarnowitz, Rybna, Pialehna, Wornschowitz, Mikolenna, Drahthammer, Pruschnitz, Wästenhammer, Robottel, Roschmieder, Schwonkau, Spiegelhof, Gutsbezirk Groß-Englewitz, Glinz, Raschitz und Wissa. Im Norden des letztgenannten Ortes fällt die Grenze mit der alten Grenzlinie zusammen und mit derjenigen, welche bereits zwischen Polen und Deutschland festgelegt worden ist. Nach diesen Angaben fallen der größte Teil des Kreises Rybnitz, der ganze Kreis Plesch, Stadt- und Landkreis Rattowitz mit Myslowitz, Königshütte, der größte Teil des Kreises Tarnowitz mit Tarnowitz, sowie des Kreises Lublinitz an Polen.

Der Inhalt des Begleitschreibens.

Androhung von Strafmaßnahmen bei Widererschließung.

Die Mittwoch nachmittags am Quai d'Orsay zusammengetretene Wirtschaftskonferenz hat die Mitteilung redigiert, die Donnerstag nachmittags den Delegierten Deutschlands und Polens bekanntgegeben werden soll. Diese Mitteilung wird ein Sonderfahrschein enthalten, ferner den Wortlaut der Entscheidung der Minderheiten, sowie den Modus, der bei ihrer Anwendung befolgt werden soll. Die Entscheidung wurde am Abend der interalliierten Kommission in Opatow mitgeteilt. Die deutsch-polnische Grenzkommission wurde beauftragt, unverzüglich zur Ueberprüfung der neuen Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien zu treten. Das Sonderfahrschein erörtert an die Entstehung des oberschlesischen Problems, an die Bedingungen, unter welchen der Oberste Rat den Völkerbundsrat in dieser Angelegenheit angerufen hat, ferner an die Gründe, die dafür bestimmend waren, außer der territorialen Teilung auch wirtschaftliche Maßnahmen festzusetzen, in der Absicht, den Fortbestand des Wirtschaftslebens im Industriebezirk sicherzustellen. Das Sonderfahrschein endet mit einer klaren Bestätigung der Ueberlieferungen der Großmächte und ihres Willens, den Inhalt durch beide Parteien befolgt zu sehen, sowie mit der Androhung von Zwangs-

maßnahmen, falls einer der Beteiligten sich weigern sollte, das Verbot zu unterzeichnen.

Der zweite Teil der den Vertretern Deutschlands und Polens übergebenen Mitteilung enthält die Angabe der Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien, sowie die Aufzählung der Uebergangsmassnahmen, die dazu bestimmt sind, den Fortbestand des Wirtschaftslebens in Oberschlesien nach der Teilung sicherzustellen und die Schwierigkeiten der Uebergangsperiode auf ein Minimum zu beschränken. Diese Maßnahmen betreffen hauptsächlich die Eisenbahnverwaltung, das Münz- und Zollwesen, den Postdienst, die Arbeitergesetzgebung, den Verkehr zwischen beiden Ländern und die Ernennung einer gemischten Kommission zur Regelung aller Schwierigkeiten zwischen beiden Staaten innerhalb des Abstimmungsgebietes während der Dauer von 15 Jahren. Abgesehen von diesen wirtschaftlichen Maßnahmen steht die Entscheidung der Minderheiten vor, die die Nationalitätenfrage und den Schutz der Minderheiten in Oberschlesien regeln sollen. Das für das Inkrafttreten dieser Entscheidung vorgesehene Verfahren wird etwa das folgende sein: Heute Abend wird die interalliierte Kommission in Opatow von der endgültigen Entscheidung in Kenntnis gesetzt. Die heute nachmittag von der Wirtschaftskonferenz getroffen worden ist. Gleichzeitig werde die deutsch-polnische Grenzfestsetzungsmission unter Vorsitz des Generals Dupont, die schon in Kürze in Opatow aufgeföhrt, eine Unterkommission zu ernennen, die unverzüglich mit der Abgrenzungsbereit beginnen soll. Die polnische und die deutsche Regierung werden aufgefordert, binnen acht Tagen je einen Bevollmächtigten für die Verhandlungen bezüglich des provisorischen Wirtschaftsregimes zu bezeichnen, sowie die Delegierten für die gemischte, vorübergehend tätige Verwaltungskommission zu ernennen. Gleichzeitig soll der Völkerbund gebeten werden, den Präsidenten dieser Verwaltungskommission zu bestimmen, der bekanntlich ein Neutraler sein soll. Die Mitteilung hat keinen offiziellen Charakter.

Die offizielle Bekanntmachung mit den Folgerungen, die der Versäßer Vertrag vorsteht, soll erst später übermittelt werden, wenn einerseits die Abgrenzungsarbeiten in Oberschlesien beendet sein werden und andererseits die alliierten Mächte sowohl von der polnischen wie von der deutschen Regierung die Bestätigung erhalten haben werden, daß sie entschlossen sind, das provisorische Wirtschaftsregime aufzustellen, das zur Sicherung des Fortbestandes des Wirtschaftslebens in den verschiedenen getrennten Gebieten als erforderlich betrachtet werde. Erst dann soll die interalliierte Kommission offiziell den deutschen und polnischen Behörden bekanntgeben, daß sie die Verwaltung des ihnen zugesprochenen Gebietes sicherstellen haben. Wenn die eine oder andere der beteiligten Regierungen der Ausführung des Wirtschaftsregimes Hindernisse bereiten sollte, so kann ihr die Bestätigung der ihr zugesprochenen Gebiete aufgezogen werden. Die Befugnisse der interalliierten Kommission in Opatow sollen beendet sein, sobald die Verwaltung des Landes von den deutschen bzw. polnischen Behörden sichergestellt sein wird. Die Mitteilung der Wirtschaftskonferenz soll Donnerstag Abend veröffentlicht werden. In zuständigen Kreisen glaubt man, daß Deutschland und Polen der Ausführungsart dieser gerechten und praktischen Entscheidung keine Schwierigkeiten machen können.

gen hierüber schnell geklärt werden können, sobald der Wortlaut der Note vorliegt.

Ueber die neu einzuführende Politik können die Ansichten zunächst auseinandergehen. Aber auf dem Standpunkt steht, daß Stimmungen im politischen Leben auch Reaktionen seien, und wer die wiederholten Erklärungen Wirths im Reichstag, in Versammlungen, gegenüber ausländischen Korrespondenten usw., daß eine ungünstige Entscheidung über Oberschlesien die jetzige Regierung aufs schwerste erschüttern müssen, für ausgesprochene Rücktrittsankündigungen ansieht, wird jetzt zunächst verlangen, daß der Kaiser und sein Kabinett unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf die Zukunft das gegebene Wort einlöse. Wer aber mehr in die Zukunft als in die Vergangenheit schaut, der wird nicht so schnell mit seinem Urteil fertig sein. Er wird hauptsächlich, ob sich im Reichstag eine Mehrheit der Parteien für eine Politik der Ueber-

erfüllung findet und ob das deutsche Volk so einmütig und geschlossen die dann kommenden furchtbaren Bedingungen aushalten werde, wie das dann erforderlich wird. Und so kommt dieser Zweifel zu der Ansicht, daß die Politik der Zukunft doch wieder grundsätzlich eine, wenn vielleicht auch modifizierte, Erfüllungspolitik sein müsse. Von hier aus ist dann die Frage, ob der jetzige Kaiser und sein Kabinett oder ganz neue Männer die Grundlinien der bisherigen Politik weiterführen sollen, eine rein taktische Zweckmäßigkeitfrage. Die Demokratische Fraktion ist sich darüber einig und hat gegenüber anderslautenden Zeitungsansichten nie einen anderen Standpunkt vertreten als den, daß die oberschlesische Entscheidung nicht das Zerbrechen des Reichs und seines Kabinetts, sondern das der nachfolgenden Ententepolitik sei. Sie geht deshalb auch nicht auf den Sturz Wirths und seines Kabinetts aus, womit freilich nicht gesagt sein soll, daß